Dieses Blatt wird bei Beginn von Ereignissen als Vorabend-Blatt ausgegeben, erscheint wie die Morgen-Ausgabe am Tage vorher und bringt die neuesten Nachrichten in einer Gesamtausgabe vereinigt.

63. Jahrgang. № 239. Sonnabend, 30. August 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr und Anzeigen-Preise: vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 M., monatlich 1.80 M. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einspaltige An- und Verkäufe 25 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Sonnabendblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ein neuer Hochverrat in der Pfalz.

Ausrufung einer pfälzischen Republik.

Mannheim, 29. Aug., 7 Uhr 30 Min. vormittags. Von der Volkszentrale trifft folgende Meldung ein: Der seit einigen Tagen erwartete und bereits früher angekündigte Putschversuch der Landauer Hochverräter scheint heute Nacht in der Pfalz in Szene gesetzt worden zu sein. Bis jetzt liegen nur Meldungen aus Ludwigshafen vor. Dort machte nachts 12 Uhr eine Anzahl Anhänger von Hacs den Versuch, das Hauptpostamt zu besetzen. Der Versuch scheiterte zunächst am Widerstande der treuen Beamten. Zwischen 3 und 4 Uhr morgens wurde der Versuch von einer größeren Menschenmenge wiederholt, wobei die Hochverräter Handgranaten benutzten. Es sollen auch französische Soldaten dabei gewesen sein. Die Beamten leisteten wiederum kräftigen Widerstand, wurden aber anscheinend überwältigt. Der Vorstand des Hauptpostamtes sowie ein Unterbeamter — Namen sind noch nicht festgestellt — wurden im Kampfe getötet. Heute morgen ist das Hauptpostamt von französischen Soldaten besetzt, die jeden Eintritt in das Gebäude verwehren. In Ludwigshafen angeschlagene Plakate kündigen die Proklamierung der freien pfälzischen Republik an.

Nach dem verunglückten Wiesbadener Putschversuch des Hochverräters Dorten kommt nun die Pfalz an die Reihe. Die Franzosen lassen offenbar so leicht nicht locker, sondern verfolgen mit zähester Hartnäckigkeit ihren Plan, linksrheinische autonome Staaten zu bilden, diese im Laufe der jahrelangen Besetzung völlig dem Reiche zu entfremden und sie dann ganz als französische Interessengebiete zu behandeln. Das ist ein so offenkundig völkerrechtswidriges und dem Geiste des Friedensvertrages widersprechendes Verfahren, daß es nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Sogar die Engländer sind mit diesem Vorgehen der Franzosen nicht einverstanden, sondern haben unzweideutig in ziemlich unverblümten Auseinandersetzungen mit leitenden französischen Stellen ihrer Mißbilligung Ausdruck verliehen. Infolgedessen hat jetzt der britische Bundesgenosse in Frankreich eine schlechte Presse. Auch in neutralen Staaten, wie in der Schweiz, beginnt man die Gefahren zu erkennen, die der dortigen Wirtschaftspolitik von der französischen Ländergier drohen. Wenn es sich bestätigen sollte, daß sogar französische Soldaten den Hochverrätern offen Vorschub geleistet haben, so müßte die deutsche Regierung ganz besonders scharfe Saiten aufziehen. Von der vaterländischen Treue der Pfälzer darf wohl erwartet werden, daß sie sich ebenso wie die Wiesbadener der hochverräterischen Umtriebe zu erwehren wissen. Auf jeden Fall muß aber unser Verhältnis zu Frankreich durch die Fortsetzung derartiger unerhörter Treibereien unheilbar vergiftet werden.

Entente-Truppen für Oberschlesien.

Berlin, 29. Aug. Der „Berl. Lok.-Anz." meldet aus Koblenz: In Ausführung der Friedensbedingungen sind 5000 amerikanische Soldaten aus den Vereinigten Staaten abgefahren, um sich über Koblenz nach Oberschlesien zu begeben. Ihre Ankunft im besetzten Gebiete wird in drei Wochen erwartet. Es sind das 5. und 50. Infanterie-Regiment zum Wachtdienst in Oberschlesien bestimmt. In Koblenz werden sie sich ein oder zwei Monate aufhalten und einen Teil der Rheingarnison bilden.

Nach einer Erklärung Tittonis wird sich Italien nur mit einem einzigen Regiment an der Besetzung Danzigs und Oberschlesiens beteiligen.

Polnische Träume.

Kattowitz, 29. August. (Eig. Drahtmeld.) Nach dem „Kurjer Koranny" habe General Dupont den Gesandten v. Haniel und den Abgeordneten Korfanty zu einer gemeinsamen Beratung in Angelegenheit der Lage in Oberschlesien eingeladen. Dabei habe General Dupont vorgeschlagen, Oberschlesien unter eine gemeinsame polnisch-deutsche Verwaltung zu stellen.

Berlin, 29. Aug. Nach den der Reichsregierung nunmehr zugegangenen zuverlässigen Meldungen aus Oberschlesien sind insgesamt 243 Reichsangehörige aus Oberschlesien über die Grenze verschleppt worden. Die Anfrage an die polnische Regierung hat bisher eine Beantwortung nicht gefunden.

Neutrale Kritik in der Kriegsgefangenenfrage.

Bern, 29. August. Im „Journal de Genève" befürwortet der Nationalrat Michelet entschieden die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen aus den Ententestaaten. Formell hätten zwar die Verbandsregierungen recht, wenn sie die Gefangenen bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages durch die vorgesehenen drei Großmächte zurückhielten. Da man aber nicht wisse, wann diese Ratifizierung erfolgen werde, so sollte man zum mindesten die in den Verträgen bereits vorgesehenen Ausschüsse zur Einleitung der nötigen Schritte für die sofortige Heimbringung der Kriegsgefangenen bilden.

Deutschenausschließung in Hongkong.

Amsterdam, 28. Aug. Die englischen Blätter vom 26. August bringen eine Reuter-Meldung aus Hongkong, der zufolge beabsichtigt ist, ein Gesetz einzuführen, das es ermöglicht, lästige Ausländer mehr als bisher auszuweisen, damit diese englische Kolonie kein Treffpunkt von Untertanen der Mittelmächte oder ein Mittelpunkt fremder Tätigkeit und Propaganda werde.

Rotterdam, 29. August. Aus Horsea wird gemeldet, daß noch weitere 600 Deutsche aus Sydney deportiert worden sind, alles bekannte Wollhändler.

Liman v. Sanders auf der Heimreise.

Der „Berl. Lok.-Anz." meldet aus Lugano: Generalfeldmarschall Liman v. Sanders ist am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in Begleitung zweier Adjutanten auf einem englischen Dampfer in Venedig eingetroffen. Alle drei waren in Zivilkleidung. Um 9 Uhr abends begleitete ein italienischer Karabinieri-Hauptmann mit zwei Gemeinen Liman v. Sanders und seine Adjutanten zum Bahnhof, zur Abreise nach Deutschland über Verona—Innsbruck.

Für Irlands Freiheit.

Amsterdam, 28. Aug. „Telegraaf" meldet aus London, daß dem Dubliner Blatt „Evening Herald" zufolge die Sinnfeiner in Irland eine fünfprozentige Anleihe von 250 000 Lstr. herausgeben werden. Die Zinsen sind erst sechs Monate, nachdem die irische Republik von allen Völkern anerkannt ist und die Engländer Irland geräumt haben, zahlbar. Die Anleihe soll dazu verwendet werden, die irische Sache in der ganzen Welt zu fördern, irische Konsulate im Auslande einzurichten und den irischen Handel und die Industrie zu unterstützen.

Rotterdam, 28. Aug. (Eig. Drahtmeld.) In Birmingham wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat aufgelöst, die Mitglieder, meist Engländer, wurden verhaftet.

Die Neuorganisation des englischen Handels

Amsterdam, 29. Aug. Das Pressebureau Nadio meldet aus Carnavon: Der Präsident des britischen Handelsamtes Sir Auckland Geddes setzte in einer Rede die Pläne der britischen Regierung für die Wiederbelebung des britischen Handels und Unterstützung anderer Teile der Welt auseinander. Geddes sagte, der einzige Weg, um unser Vermögen zu vergrößern, besteht in der Ausbreitung unseres Handels. Wir stehen augenblicklich folgenden zwei großen Fragen gegenüber: Wie gelangen wir zur Erzeugung und wie finden wir Märkte? Europa, das einer der größten Märkte war, ist durch den Krieg in Unordnung gebracht worden, verarmt und in manchen Teilen im Zustande bevorstehenden oder bereits vorhandenen wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Wir ergreifen alle Maßnahmen, um den Handel innerhalb des britischen Reiches zu fördern. Wir breiten unsere Handelsvertretungen im ganzen Reiche und ebenso in der ganzen Welt aus. Es wird gesagt, Amerika habe durch den Krieg wenig gelitten. Es werde die britischen Märkte mit Waren überschwemmen und von den europäischen Märkten Besitz ergreifen. Das ist jedoch nicht der Fall. Amerika steht, wie wir anderen alle, mit bezug auf die Zukunft seines Handels großen Schwierigkeiten gegenüber. Die Rettung Europas liegt in Europa und nur in Europa allein. Zu dieser wirtschaftlichen Rettung führt nur ein Weg, der Weg rastloser Arbeit, harter Arbeit und erhöhter Erzeugung in den Bergwerken, auf den Feldern und in den Fabriken.

Der europäische Wiederaufbau.

Nach einer Meldung des „B. T." aus Neuyork berichtete eine aus Deutschland zurückgekehrte Kommission amerikanischer Bankiers dem „Wallstreet-Journal", daß Europa in den folgenden 12 Monaten 2 Milliarden Dollars für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau benötige. Davon solle Deutschland direkt 500 Millionen Dollars erhalten. Man erwartet große Käufe von Markwechseln durch Amerika.

Der Verbandsfeldzug gegen Rußland.

Amsterdam, 29. Aug. Das Reutersche Bureau meldet aus Archangelsk, daß der Monitor „Glenworm" in Beresnik dadurch zerstört wurde, daß ein Munitionsschiff, an das er angebunden war, in die Luft flog. Die Verluste betrugen schätzungsweise 20 Tote und 40 Vermißte. Ein Bataillon Hochländer, leichte Infanterie, ist in Archangelsk aus England eingetroffen.

Rotterdam, 29. Aug. Die „Times" meldet, daß in Helsingfors eine Militärkommission der Alliierten eingetroffen ist. Der Eisenbahn- und Schiffsverkehr von Rußland nach Finnland ist gänzlich eingestellt.

Lettlands Verpflichtungen gegen Deutschland.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. August. Auf Grund des Telegramms der deutschen Truppen im Baltikum an die Reichsregierung hat die lettische Regierung neuerlich um Verhandlungen über die den deutschen Truppen gegenüber bestehenden Verpflichtungen ersucht. Aus Kreisen der Abgeordneten der Nationalversammlung wurde der Reichsregierung gegenüber eine Vermittlung durch neutrale Mächte angeregt.

Sozialistischer Wahlsieg in Bulgarien.

Nach einer Meldung des „Daily Herald" haben die Wahlen in Bulgarien einen so großen Sieg der Sozialisten ergeben, wie er noch in keinem Lande Europas verzeichnet werden konnte. Die Kommunisten haben statt der bisherigen 10 Sitze 47 und die gemäßigten Sozialisten statt der bisherigen 59 Sitze 124 erobert. Während bisher die Hälfte der bulgarischen Parlamentssitze sich in den Händen der Militärpartei befand, verfügt diese jetzt nur noch über wenige Sitze.

Die holländisch-belgische Spannung.

Belgien befindet sich in einem Zustand nationaler Ueberspannung, in den es der Ausgang des Weltkrieges versetzt hat. Es verlangt den Fortfall aller Schranken, die es im Rahmen der Neutralität an der Ausübung der vollen staatlichen Souveränität hindern, und will sich gleichzeitig auf holländische Kosten zu Lande und zu Wasser ausdehnen. Die Neutralität Belgiens wurde in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf preußische Anregung von den vier Schutzmächten Preußen, Oesterreich, England und Rußland eingeführt und sollte als Barriere gegen französische Eroberungspläne dienen. Gleichzeitig wurde damals zur Unterstützung und Sicherung der belgischen Neutralität der sog. Festungsvertrag geschlossen, durch den sowohl Holland wie auch England und Preußen das Recht erhielten, die belgischen Festungen zu besetzen, falls sich diese Notwendigkeit zur Abwehr französischer Angriffsgelüste herausstellen sollte. Belgien hat es aber mit diesem Festungsvertrage nie ernst genommen, sondern im Laufe der Zeit ohne jede Verständigung mit den Schutzmächten einen starken Festungsgürtel ausgebaut, von dem die Franzosen lange vor dem Kriege ganz offen erklärten, daß er nicht gegen Frankreich, sondern gegen Deutschland gerichtet sei. Da Neutralität und Festungsvertrag eng zusammenhingen, so lag schon in diesem Vorgehen Belgiens mittelbar ein Neutralitätsbruch. Jetzt fordert Belgien die gänzliche Beseitigung sowohl der Neutralität wie des Festungsvertrages und Anerkennung seiner vollen staatlichen Unabhängigkeit.

Damit nicht genug, will es auch noch von Holland die Provinz Limburg annektieren und die Herrschaft über die Schelde erlangen, in der es gegenwärtig durch das holländische Vorrecht beschränkt ist. Bei der Begründung dieses Anspruchs muß das bequemere und bei allen unseren Gegnern besonders beliebte Mittel angeblicher deutscher Intrigen herhalten. Die Belgier behaupten nämlich, deutsche Einflüsse im Haag suchten dahin zu wirken, daß Holland die Schelde absperre, um den Antwerpener Hafen lahmzulegen. Die Holländer weisen die belgische Begehrlichkeit scharf zurück und denken nicht daran, an Belgien irgendetwas von ihrem wohlerworbenen Landbesitz abzutreten oder auf die Scheldehoheit zu verzichten. Infolgedessen haben die Gemüter sich beiderseits erhitzt. — Die holländische Regierung hat den an der Grenze wohnenden belgischen Bauern verboten, ihre auf holländischem Boden befindliche Ernte einzubringen. Als Gegenmaßnahme hat die belgische Regierung ein gleiches Verbot für Holland erlassen. Holländische Architekten, die auf einer Ausstellung in Brüssel für den Wiederaufbau ausgestellt hatten, haben ihre Werke zurückgezogen. Die Meldung von einem angeblich bevorstehenden Kriegsausbruch ist aber augenscheinlich grobe Sensationsmache. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der geltende Rechtszustand zwischen Holland und Belgien aufrecht erhalten bleibt und Belgien sich bescheiden muß.

Die Ratifikation des Friedens.

Versailles, 28. August. Die Debatte über die Ratifizierung des Friedensvertrages wurde gestern fortgesetzt. Der Sozialist Defeants vertrat den Standpunkt, daß die Völker den Krieg nicht gewollt hätten. Wenn man sie einschließlich des deutschen Volkes gefragt hätte, hätten sie sich gegen den Krieg ausgesprochen. Die Friedensbedingungen seien aus einem engen Geiste heraus geboren und zögen aufs neue den Kampf der Völker gegeneinander groß. Der radikalsozialistische Abgeordnete Margaine erklärte, daß es zwei Völker gebe, die der Krieg nicht ruiniert habe, England und Amerika. Er tadelte, daß Schantung Japan zugesprochen worden sei und daß Frankreich sich in dieser Frage auf Seiten Englands und nicht auf die Seite Amerikas gestellt habe. Abgeordneter Benoist sagte, der Rhein sei die natürliche Grenze für Elsaß und die Saar für Lothringen. Die Entwaffnung Deutschlands an den Rheinufern bedeute nur eine negative Sicherheit. Es sei ein großer Fehler der französischen Regierung gewesen, die separatistischen Bestrebungen nicht stärker unterstützt zu haben, man hätte nicht mit dem Reiche, sondern mit den Vertretern der Einzelstaaten verhandeln müssen. Der französisch-englisch-amerikanische Schutzvertrag sei ungenügend. Nach seiner Ansicht hätte man eine lateinische Allianz gründen müssen. Alle drei Deputierte traten für Ratifizierung ein. Die Besprechung wird heute fortgesetzt und hat bisher noch kein großes Interesse erweckt. Gestern wohnten der Debatte nur etwa 150 Abgeordnete bei.

Frankreich traut dem Frieden nicht.

Genf, 29. Aug. Aus Paris wird gemeldet: Im Heeresausschuß lehnte Clémenceau am 27. d. M. erneut ab, vor endgültiger Ratifizierung der Friedensverträge die französische Demobilisierung anzuordnen und mit der Heimschaffung der feindlichen Kriegsgefangenen beginnen zu lassen.

29 Abänderungsanträge zum Friedensvertrag.

Rotterdam, 29. Aug. „Daily Telegraph" meldet aus Neuyork: Im Kongreß sind 29 Abänderungsanträge zum Friedensvertrag eingebracht. Wenn alle Anträge zur Beratung und Beschlußfassung kommen sollen, ist an eine Erledigung des Friedensvertrages vor Januar nicht zu denken.

Ein dritter Band „Stegemann".

Von „Hermann Stegemanns Geschichte des Krieges" wird Ende September der 3. Band bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinen. Da nach der inzwischen erfolgten Auflösung des Großen Generalstabes ein deutsches Generalstabswerk über den Krieg nicht erscheinen kann, wird Stegemanns klassischem Kriegswerk, das planmäßig zu Ende geführt wird, erhöhte Bedeutung zukommen.

SLUB
Wir führen Wissen.